

Berliner Tageblatt

Nr. 258

und Handels-Zeitung

Sonnabend, 2. Juni 1928

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Räumung Pekings.

Abschiedsbesuch bei Tschangtsolin

(Telegramm unseres Korrespondenten)

LONDON, 2. Juni.

Nach Ansicht der englischen Zeitungen ist der Fall Pekings nur noch eine Frage von Tagen. Die Mitglieder des diplomatischen Korps in Peking haben gestern Tschangtsolin einen Besuch abgestattet und ihm für den Schutz gedankt, den er ihnen und der auswärtigen Kolonie während der Besetzung Pekings angedeihen liess. Die Blätter fügen hinzu, dies sei wahrscheinlich ein Abschiedsbesuch gewesen. In einer kurzen Ansprache führte Tschangtsolin aus, die Sicherheit der Fremden werde auch in Zukunft gewährleistet sein. Er werde eine Truppe aus Peking zurückziehen; doch werde bis zum Einzug der Nationalisten noch einige Zeit vergehen, während der ein Wohlfahrtsausschuss für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sorgen werde.

Er selbst, fuhr Tschangtsolin fort, sei nicht aus politischen Gründen nach Peking gekommen, sondern nur um den Kommunismus zu bekämpfen. Bis die Räumung Pekings vollendet sei, würden seine Truppen Stellungen bei Luliho, 10 Meilen südlich von Peking, beziehen und diese Stellungen bis aufs äusserste verteidigen. Die Korrespondenten berichten aber, trotz der beruhigenden Versicherungen Tschangtsolins sei man in Peking einigermassen besorgt.

Gegenüber Tientsin, wo die fremden Mächte 12000 Mann zur Verfügung hätten. Das diplomatische Korps in Peking beabsichtigt, täglich einen internationalen Zug zwischen Peking und Tientsin laufen zu lassen. Dem „Daily Telegraph“ zufolge sollen die Nationalisten acht Armeekorps von Hankau zur Verfügung Tschangtsolins entsenden; doch nimmt man an, dass span ihnen den Zugang zur Mandschurei sperren werde.

Die Londoner Blätter bemerken zu diesen Ereignissen, dass mit dem Einzug der Südtruppen in Peking eine neue Epoche in der Geschichte Chinas anbreche. Tschangtsolin erhält eine Art Nachruf, in dem zwar die Mängel seines Charakters und seiner Politik nicht verschwiegen werden, aber andererseits betont wird, wo dieser Mann hingekommen sei, habe er die Ruhe und Ordnung aufrechterhalten können. In diesem Grunde seien die Ausländer in China ihm zu Dank verpflichtet. Der „Manchester Guardian“ meldet aus Schanghai, Tschangtsolins Familie habe Peking bereits verlassen. Die Tatsache, dass seit 24 Stunden keine Kämpfe mehr stattgefunden hätten, lege die Annahme nahe, dass Tschangtsolin sich mit dem Führer der Schansi-Truppen, Jenhsichan, dahin geeinigt habe, dass Jenseits Pekings gleichzeitig mit dem Abzuge Tschangtsolins besetzt würden. Offensichtlich sei den Nationalisten viel daran gelegen, Zusammenstöße mit den Ausländern zu vermeiden. Auch sonst werde die Einnahme Pekings die Nationalisten vor grosse Schwierigkeiten stellen, wie man bereits jetzt erkennen könne. Die Nankinger Kuomintang fürchtet den Einfluss der Generale Feng und Jen.

Allen Anschein nach würden die siegreichen Generale das Land provinzweise unter sich aufteilen wollen,

so dass Jen Peking, Schansi und Tschili, Feng dagegen Schantung, Honan, Schensi und Kansu bekommen würde. Tschiangkai-schek werde nach Nanking zurückkehren und sich den Aufgaben der Zentralregierung widmen, die in Nanking bleiben werde. Die beiden Generale Li würden Hankau bzw. Kanton bekommen. In den chinesisch-japanischen Verhandlungen seien keine Fortschritte erzielt worden, da die Chinesen die Verhandlungen durch Diplomaten, die Japaner dagegen durch Militärs führen lassen wollen. Die Neutralisierung der Zone um Tsinan durch Japan breite Tschiangkai-schek grosse Schwierigkeiten für die Verproviantierung seiner Truppen. Tschiangkai-schek habe sich jetzt nach der Provinz Tschili begeben, um bei der Einnahme Pekings zugegen zu sein.

Chamberlain bei Briand.

Genf, China, Kellogg-Pakt, Adria, Deutschland.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

PARIS, 2. Juni.

Chamberlain wird auf der Durchreise nach Genf heute nach Paris kommen und eine längere Unterredung mit Briand haben. Diese soll sich den Blättern zufolge nicht allein mit den auf der Genfer Tagesordnung stehenden Fragen, sondern auch mit China und dem Kellogg-Pakt, der Adriafrage und den Folgen der deutschen Wahlen beschäftigen.

Nach diesen Unterredungen werden Paul-Boncour und Luchaire, die dieses Mal Briand in Genf vertreten müssen, die letzten Instruktionen erhalten. Wer gestern Briand in der Kammer gesehen hat, der konnte mit Vergnügen feststellen, dass die Krankheit Briands Energie nicht geschwächt hat. Der „Petit Parisien“ erörtert in einem langen nach direkten Informationen geschriebenen Artikel die Fragen, die von Chamberlain und Briand besprochen werden sollen. Einige der wichtigsten Angelegenheiten werden dabei aber nur kurz erwähnt, weil sie nicht auf der Tagesordnung der Ratssitzung stehen: der Kellogg-Pakt, der Streit zwischen Italien und Südwesten, die Lage in China und besonders Ergebnis und Folgen der deutschen Wahlen. „Es ist nicht zu bezweifeln, dass Briand Chamberlain den Wunsch haben, sich über diese Fragen zu sprechen“, schreibt der „Petit Parisien“. Dazu genauer werden die anderen Punkte erörtert, über welche die Genfer Unterredung offiziell entscheiden soll. Der Kommissions-Bericht über die St. Gotthard-Affäre, ist, wie der „Petit Parisien“ erklärt, das ungeschickteste Dokument, das man sich vorstellen kann“. Tatsachen erlauben, sehr feste Folgerungen zu ziehen, die die Autorität des Völkerbundes stärken könnten. Stattdessen werden die Herren Beelaers van Blokland, Procop von Villegas ein Schriftstück zustande gebracht, das klar und leer ist. Dieser Bericht könne nicht sofort

veröffentlicht werden, weil er zu bedauerlichen Auseinandersetzungen in der Presse Anlass gegeben habe. Der Völkerbundsrat dürfte diese Angelegenheit nicht so ruhig betrachten wie die Berichterstattung, weil sonst dem Waffenschmuggel auf allen Grenzen Vorschub geleistet würde. Paul-Boncour werde dafür eintreten, dass eine Resolution angenommen werde, die das unerlaubte und friedenswidrige Verfahren beim rechten Namen nennen und ähnliche Unternehmungen in Zukunft verhindern soll. Ob diese Resolution wirklich so fest ausfallen wird, und ob sie praktische Folgen haben wird, müssen wir abwarten. Deutschland hat an dieser Affäre kein besonderes Interesse. Die zweite Genfer Frage betrifft die Stärkung der Vollmachten für den Ratssitzenden in der Zeit zwischen den Tagungen. Briand sei dafür, die Beratung bis zum September zu vertragen und Chamberlain werde voraussichtlich zustimmen. Was die Optantenfrage angeht, so werden sich Briand und Chamberlain darüber unterhalten, ob eine Einigung noch möglich erscheint oder ob auch diese Frage bis zum September vertragen werden soll. Sehr scharf sind die Äusserungen des „Petit Parisien“ über den Konflikt zwischen Polen und Litauen. Chamberlain soll sehr aufgebracht über Woldemaras sein, der durch die Erklärung über Wilna die Lage unnötig erschwert hat. Das Verhalten Litauens könnte ein Casus belli sein, wenn die polnische Regierung nicht für die Erhaltung des Friedens wäre. Es müsse Woldemaras bewiesen werden, dass der Völkerbund seine Autorität nicht verliert. Wahrscheinlich werde Zaleski beantragen, auch diese Angelegenheit bis zum September zu vertragen, um dann die Beweise für Woldemaras bösen Willen im Zusammenhang vor dem Völkerbundsrat vorzutragen. Dies erklärt der „Petit Parisien“. Wenn man die scharfen Worte ausschaltet, dann bleibt die Absicht übrig, die meisten wichtigen Entscheidungen in Genf bis zur September-Tagung aufzuschieben. Die wahre Bedeutung der heutigen Unterredung wird in der Erörterung der Probleme zu suchen sein, die in der Aufzählung des „Petit Parisien“ nur summarisch erwähnt werden.

Norden und Süden in China.

Die Agitation gegen die Japaner. — Nachrichten vom Kriegsschauplatz. — Neuer Optimismus in Hongkong. — Warum englische Soldaten die Fenster zerschlagen.

Von unserem Korrespondenten

M. M. Vos.

HONGKONG, im Mai.

Sobald die Nebel um den Peak in Hongkong sich verdichten und näher ziehen, begeben sich viele Einwohner der Kolonie auf die Ferienreise oder in Urlaub. Die Universitäten, Colleges und Schulen schliessen, und sie öffnen erst wieder, wenn die heissesten Monate des Jahres vorbei sind. Ausser den Glücklichen, die einen mehrmonatigen Urlaub in der Heimat vor sich haben, gibt es andere, die es nach dem Norden Chinas, nach Formosa oder nach Japan zieht.

In diesem Jahre befindet sich Seine Exzellenz, Sir Cecil Clementi, der Gouverneur von Hongkong, unter denen, die in Urlaub gehen. Die Regierungsgeschäfte werden während seiner Abwesenheit von dem Kolonialsekretär wahrgenommen. Mit diesem Urlaub beschliesst der Gouverneur eine bewegte Zeit, voll von Streitigkeiten, Unruhen und Kriegsgefahren, die aber in der freundschaftlichen Begegnung zwischen Lichaisum und ihm einen friedlichen Ausklang fanden. Seit der Begegnung hat der Süden, und namentlich Kanton, seine Ruhe bewahrt, und der Kriegsschauplatz ist mehr und mehr nach dem Norden verlegt worden.

Seitdem in der vergangenen Woche Tsinan in die Hände der Südtruppen gefallen ist, drückt sich der Ausländerhass im Augenblick in einer feindlichen Stimmung gegen die Japaner aus. Gestern Abend war Kanton mit grossen Plakaten schreischillernder Art behangen, die alle der Schürung des Hasses gegen die Japaner dienten. Die Nachrichten von Tsinan, die bisher Hongkong oder Schanghai erreicht haben, sind karg, da die Truppen alle Leitungen zerstört haben. Die einzige Verbindung wird durch die drahtlose Telegraphie der Japaner hergestellt. Von Tag zu Tag werden die Nachrichten über die japanische Intervention beängstigender. Der nationalistiche Minister des Auswärtigen hat eine erste Note nach Japan geschickt, worin er die Japaner vieler Grausamkeiten beschuldigt. Die Japaner ihrerseits klagen die Südtruppen an, Räubereien und Grausamkeiten begangen zu haben. Pekings Protest gegen die japanischen Grausamkeiten in Tsinan wird in den dortigen ausländischen Kreisen als ein Scherz angesehen und man spricht sogar von einem Anerbieten Tschangtsolins, die Japaner mit Munition zu versorgen. In Tsinan sind 6000 Kommunisten — einige davon wurden von General Lichaisum aus Kanton während des Putsches vertrieben. Tschiangkai-schek hat die britischen und amerikanischen Konsulate benachrichtigt, dass Engländer und Amerikaner in Tsinan sich in Sicherheit befinden.

Diese Nachrichten vom Kriegstreiben im Norden sind augenblicklich das Einzige, was der Süden vom Kriege wahrnimmt und fühlt. Es wäre dagegen zu viel behauptet, wollte man sagen, dass im Süden wieder normale Verhältnisse herrschen, denn der Krieg hat sehr viel neue Ideen und Pläne in den Köpfen der Südchinesen entstehen lassen. Der Süden arbeitet fieberhaft, will in allen Dingen reformieren. So hat zum Beispiel die Zwei-Millionen-Stadt Kanton kein Telefon, nicht einmal für die europäischen Geschäftshäuser. Als die Unruhen kaum beendet waren, tat sich auch schon eine chinesische Telefongesellschaft auf, die im Begriff ist, in Kanton das selbstverbindende Telefon einzuführen. Hierin wie in vielen anderen Dingen ist der Chinese in der glücklichen Lage, zehn Schritte auf einmal tun zu können, wo wir Europäer und die Amerikaner Schritt für Schritt gegangen sind. Kanton hat ein nachahmenswertes Vorbild in Hongkong und scheint mit ihm in Neuerungen wetteifern zu wollen.

Die nördlichen Kriegsverhältnisse haben die Handels- und Geschäftsverhältnisse in Hongkong wenig angegriffen, viel weniger, als die Unruhen in Schanghai oder die Seeräubereien es fertiggebracht haben. Man ist in der Kolonie optimistisch und verspricht sich noch einmal einen „boom“ — ein neues Aufblühen. Ueberall wird gebaut, eine neue Halle für die Universität, grosse Geschäftshäuser, Privathäuser für Chinesen, und man spricht sogar davon, dass ein unternehmungstüchtiger Australier 200 000 Pfund Sterling in einer neuen Milchmusterswirtschaft anlegen will.

Kaulon, das nicht vor langer Zeit als sehr „un-fashionable“ galt, entwickelt sich immer mehr als ein Eintrittstor zu Hongkong — „the Gateway to Hongkong“.

Leerer Schall.

„Botschaft“, um die sich niemand kümmert.

Unter allgemeiner Interessiertheit der Bevölkerung abwärts geht dort der Stahlhelm vor sich. Bekannt hat man im Auslande, vor allem in England, festgestellt, dass nach dem Ergebnis der letzten Wahlen deren Veranstaltungen keinerlei Bedeutung mehr haben im wesentlichen bloss nur eine private Angelegenheit Führer der verschiedenen Reichsverbände darstellen. Dabei, um es deutlicher zu sagen, ihren eigenen Ehrbefriedigen. Ihrer Redetust frönen und vor allem das geringere wollen, dass die Mitgliedsbeiträge möglichst vermindert weitergezahlt werden. Daher läge an sich Grund vor, dem Privatvergnügen der Herren Seldte Dusterberg besonders Beachtung zu schenken, und der Hamburger Veranstaltung hier trotzdem Erwähnung zu tun, dann geschieht es nur aus dem Grunde, sich bei ihr das krasse Missverhältnis zwischen dem und an grossen Worten und der praktischen Bedeutung des ganzen Gebahrens mit besonderer Deutlichkeit. Herr Seldte hat seinen Mannen unter anderem auch „Botschaft“ verkündet, aus der sich das in wirklich lüderlicher Weise ergibt. In ihr findet sich, laut dem Inhalt der „Deutschen Zeitung“, zum Beispiel folgende Stellung:

„Der Stahlhelm erklärt, dass die Parteien, die in dem Kampf für die deutsche Freiheit und gegen den internationalen Kommunismus verbunden, entweder sich stark erweisen müssen, um den Kampf siegreich zu führen oder anderen die Führung überlassen müssen.“

Erstens ist das eine recht unfreundliche Sprache gegenüber den Deutschen, denen der Stahlhelm bei den Wahlen doch wohl den „Sieg“ zu erstreiten, der denkbar schwersten Niederlage wurde, und zweitens ist doch die Härte dieser Botschaft in der tiefsten Tiefe gestürzt worden. Meint Herr Seldte denn nicht selber und seinen Oberstleutnant Dusterberg den „anderen“ oder will er damit sagen, dass nach seiner Meinung die Sozialdemokratie solche machen müssen, nachdem die „nicht marxistische“ Parteien ihre schwere Wahlperiode selbst verdient haben? Aber damit mag es sein Bewenden haben. Seldte hat in Hamburg auch versichert, dass sich Stahlhelm ein „neuer deutscher Männertyp“ forme. Er gibt er dann aber keine nähere Beschreibung — ob man diesen Typ, Modell Stahlhelm, gern kennen möchte, da er bei Stahlhelmmännern bisher nicht gesungen worden ist. Jedenfalls hat Hamburg jetzt wenig wie seinerzeit Berlin etwas davon gemerkt, dass in Stahlhelm „erobert“ worden ist.

Verdiente Amtsenthebung.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

N. NORNBERG, 2. Juni.

Der bekannte nationalsozialistische Landtagsabgeordnete und Hauptlehrer Julius Streicher, ist von der Disziplinarkammer des Verwaltungsgerichtshofes in München seines Amtes als Lehrer unter Zuhilfenahme der gesetzlichen Pension entsetzt worden. Diesem seit vier Jahren schwebenden Verfahren lag die Tatsache zugrunde, dass Streicher im November d. J. kurz vor seiner Pensionierung eine Schullehrer an der Mittelschule in München zu betreiben. Die Instanz hatte seinerzeit nur auf Strafversetzung erkannt, und nun die zweite dem farnosen Pädagogen, dessen bösen Kampf gegen Oberbürgermeister Dr. Luppe in trauriger Erinnerung steht, endgültig die Befähigung zum Lehrer abgelehnt.

Warnung an die Flaggenschänder. Rechtzeitig zum Beginn der Saison hat der Landrat des Kreises Eiderstedt eine

Angliederung, Rechnung getragen, und ein Arbeitsausschuss der Regierung der Gesellschaft dar, der der jährlich einmündigstretende Gesamtverband übergeordnet ist. Einmal ist ferner die Listenwahl; die Vorschlagslisten müssen den Mitgliedern unterzeichnet sein. Da für dieses Jahr die Wahlen nach den neuen Satzungen nicht mehr durchzuführen werden, stellt sich der Vorstand bis zur nächsten Hauptversammlung wieder zur Verfügung, womit die Versammlung geschlossen war.

Die Deutsche Nationaltheater führte gestern unter der Regie des Generalintendanten Dr. Ulrich die beiden Schauspiele „Was ringen“ und „Erwin und Elmire“ auf. Heute nachmittags sind die Teilnehmer nach dem im Besitz der Goethe-Gesellschaft befindlichen Schloss Dornburg, das unter der Verwaltung eines Kuratoriums steht.

Ludwig Manzelt siebzig Jahre alt. Der Bildhauer Ludwig Manzelt, Sohn des berühmten Bildhauers August Manzelt, hat doch den entscheidenden Einfluss in Paris erfahren, freilich nicht die Anmut, die ihm nicht lag, und nicht den Schwung, von dem dasselbe gilt, sondern die gute archaische Tradition suchte. In der Einsicht, was das Handwerk ist, hat er dann auch als Lehrer an der Berliner Akademie erstärkte für Arbeit in Stein begründet und damit den Schritt zu einer neuen Art von Kunstunterstützung getan. Er er Mann eines soliden Realismus und hat in dieser Art Monumente und Büsten geschaffen. Der menschlichen Schaff, die seiner Kunst den Charakter gab, verdankte er dem Vertrauen der Kunstschaff, die ihm viele Ehrenämter überholte auch die Präsidentschaft der Akademie anvertraut.

Literaturpreise der französischen Akademie. Die französische Akademie hat, wie unser Pariser Korrespondent berichtet, zwei ihrer wichtigsten Preise verteilt. Der grosse Preis von 10 000 Francs wurde dem Schriftsteller Jean S. Vaudouy für sein Buch „Erste Liebe“ sowie für sein Gesamtwerk zuerkannt. Vaudouy, der 1883 geboren ist, mit einer bekannten französischen Architektenfamilie, deren Preis wurde der Schriftstellerin Jeanne Balde Roman „Königin von Arbleux“ verliehen. Jeanne ist aus Bordeaux stammt, hat bereits im Jahre 1911 einen französischen Literaturpreis sowie den englischen Northcliffe erhalten.

Schallapian wird Sonntag, 9. Juni, ein einmaliges Gastspiel an der Oper als Boris absolvieren. Die Aufführung leistet der Meister Kupfer. Die übrigen Rollen sind mit Pätzner, List, Witting, Noe, Frau Arndt-Ober, Gussakowicz und Mancke

nachdrückliche Warnung an die Adresse der Flaggenschänder gerichtet. Sie erklärt, wer die schwarzrote Fahne beschändet oder beschimpft, beschmutzt das eigene Vaterland und mache sich vor jedem Ausländer verächtlich. Es sei nationale Würdelosigkeit, die Reichsflagge zu besudeln.

Der Reichsverband der deutschen Presse.

Eröffnung der Haupttagung in Köln.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

KÖLN, 2. Juni.

Unter zahlreicher Beteiligung aus allen Teilen des Reiches begann hier die Haupttagung des Reichsverbandes der deutschen Presse. Den öffentlichen Verhandlungen, die heute ihren Anfang nehmen, ging gestern eine Vorstandssitzung voraus, in der interne organisatorische Fragen besprochen wurden. Am Abend hatte die Stadtverwaltung zu einem Bankett im festlich geschmückten Gürzenich eingeladen, an dem die Spitzen der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden teilnahmen. Unter anderem war der preussische Innenminister Grzesinski, der Reichskommissar für die besetzten Gebiete, Frhr. Langwerth von Simmern, und Reichspresseschef, Ministerialdirektor Dr. Zechlin erschienen. In seiner Begrüßungsansprache betonte Oberbürgermeister Dr. Adenauer, dass es ein Journalist gewesen sei, der zum ersten Male den Gedanken der Presse klar ausgesprochen habe, für die sich dann der Reichsverband der deutschen Presse mit aller Tatkraft eingesetzt habe. Glücklicherweise habe man in Deutschland einen Journalistenstand und einen Stab von Redakteuren, der seine Verantwortung voll und ganz kennen und danach handeln. Der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Presse, Chefredakteur Paul Baeker, dankte mit herzlichen Worten für die Gastfreundschaft, die der Reichsverband in der rheinischen Metropole gefunden habe. Er schloss mit dem Wunsche, dass sich die alten Tugenden Kölns, Gewerbetreibe, Kunstsinne und unabhängige Bürgerbewusstsein, durch weitere Jahrhunderte bewahren würden. Minister Grzesinski wies daraufhin, dass es die Pflicht des demokratischen Staates sei, die Presse in ihrer Entwicklung zu fördern. Mit dem Willen der preussischen Staatsregierung werde kein Eingriff in die Freiheit der Presse stattfinden. Diese Freiheit sei die wichtigste Vorbedingung für den Wiederaufstieg des deutschen Volkes. An das Essen schloss sich eine Dampferfahrt, vorbei an dem festlich erleuchteten Ufer des Rheinstromes.

Die Aktien der „Germania“.

... und die Rolle des Herrn von Papen.

Der Hauptaktionär der „Germania“, von Papen, der zurzeit in Paris weil, nimmt, wie wir bereits gemeldet haben, wieder die Verhandlungen mit dem ersten Botschaftsrat an der deutschen Gesandtschaft Dr. Rieth auf. Wir hatten: auch mitgeteilt, dass diese Verhandlungen nicht ohne Vorbild sind und dass die bisherigen Versuche, das Aktienpaket Papens abzugeben, daran gescheitert sind, dass er nicht die volle Vorherrschaft besitzt, ausserdem einen zu hohen politischen Liebespreis fordert. Wie wir nun mitteilen können, werden die Verhandlungen dadurch kompliziert, dass von Papen dieses Aktienpaket nur vertritt, nicht aber in vollem Umfange sein Eigentümer ist, und dass auch seine Interessen durchaus nicht mit den Interessen der von ihm vertretenen anderen Kontinentalmitglieder unbedingt parallel laufen. Herr von Papen erhält als Vorsitzender des Aufsichtsrats der „Germania“ eine beträchtliche Aufwandsentschädigung, er selbst ist also eher daran interessiert, dass der bisherige Zustand erhalten bleibt. Seine Freunde dagegen, die sich mit ihm in den Besitz des von ihm vertretenen Aktienpakets teilen, sehen die politische Unrentabilität Papens ein und möchten ihren nicht sonderlich rentablen Aktienbesitz je eher je lieber abgeben.

Anlässlich der italienischen Verfassungsfeier wird der italienische Botschafter, Graf Aldrovandi, die italienische Kolonie in den Räumen der Botschaft, Victoriastr. 36, Sonntag, um 12 Uhr, empfangen.

Die Mozart-Festspiele in Paris.

„Cosi fan tutte“ unter Bruno Walter.

PARIS, 2. Juni.

In Théâtre des Champs Elysees wurde gestern die zweite Aufführung des Mozart-Zyklus unter Bruno Walter gezeigt. Man spielte „Cosi fan tutte“. Schon in der Ouvertüre merkte man, wie innig in der kurzen Zeit ihrer Zusammenarbeit das Verhältnis zwischen dem Orchester und seinem Dirigenten geworden ist. Unter der Hand Walters erblühte dann die göttliche Heiterkeit dieser Melodie mit ihrem funkeln, glitzernden Zauber, der die Zuhörer von Anfang bis zum Ende in Bann hielt. Es war ein neuer, ganz grosser Erfolg für den Dirigenten Bruno Walter, für die Darsteller und für das Orchester der „Société des Concerts“. In dieser Oper, in der für Starleistungen nur wenig Gelegenheit gegeben ist und alles von dem Zusammenklang der Stimmen in den Duetten, Terzetten und Quartetten abhängt, zeigte sich auch die Meisterschaft Walters, der so rasch aus den Sängern verschiedener Nationen ein einheitliches Ensemble zu schaffen wusste.

Die Zurückhaltung der Sänger liess nur um so besser ihre hervorragenden Qualitäten zur Geltung kommen. Von den weiblichen Darstellern wurde Frau Ritter-Clamp, die schon als Elvira in „Don Juan“ sehr gefallen hatte, wieder mit grossem Beifall aufgenommen. Renée Desjardes sang die Delphine mit grossem Geschick, und Sarah Fischer von der Londoner Coventgarden Oper als Dora Bella, die man noch nicht gehört hatte, entzückte durch den warmen Klang ihrer Stimme. Von den Sängern konnte Herr Mariano Stabile als „Don Juan“ durch seine schöne Stimme und sein lebendiges Spiel gefallen. In „Cosi fan tutte“ ersang er sich einen neuen Erfolg, ebenso wie sein Kollege von der Mailänder Scala, Zito, der den Don Alfonso ausgezeichnet sang und spielte. Als dritter männlicher Darsteller stand ihm Georg Meador von der New-Yorker Metropolitan-Oper zur Seite, dessen Tenor gleichfalls sehr gefiel. Die Dekorationen und Kostüme nach Entwürfen des Wiener Professors Steinhof gaben dem Spiel dieser Oper einen geschmackvollen Hintergrund, und der Spielleiter Bernhard Müller wusste die etwas burleske Handlung zu unterstreichen.

Das Publikum, das dieser Aufführung beiwohnte, bot wieder ein glänzendes Bild der eleganten Pariser Gesellschaft mit einem starken internationalen Einschlag. Die Pariser Musikwelt und die Presse war vertreten, und von den Regierungsmitgliedern wohnte der Unterrichtsminister Herriot der Aufführung bei. Die Begrüssung Bruno Walters bei seinem Erscheinen am Dirigentenpult war sehr herzlich. Am Schluss der Vorstellung musste

Die Situation der Piscatorbühnen.

Finanzielle Krise.

H. Wenn jemand den Mut hat, zwischen die vielen Bühnen Berlins eine neue zu stellen, und wenn er das nicht zuerst in die Luft malt mit pathetischen Phrasen, sondern mit zäher Arbeit unverzüglich beginnt, so wird er auch dann noch alle Sympathien für sich haben, wenn nach einer Strecke sichtbarster Leistungen ein Stocken und eine Krise kommt. Niemand wird logischer können, dass die Piscatorbühne eine Bühne der Heiligsten und unermüdlichsten Arbeit gewesen ist, mögen künstlerische oder sonstige Einwände bestehen oder nicht. Sie war die lebendigste Bühne Berlins, wenn es auch nicht allzu schwierig war, die letzte malte Spielzeit der anderen Bühnen durch Lebendigkeit zu unterbrechen.

Die Schwierigkeiten, in welche Piscator zurzeit geraten ist, sind, wie das bei neuen Berliner Bühnenunternehmungen in ihrer ersten Spielzeit häufig zu geschehen pflegt, was also diese Schwierigkeiten wohl finanzieller Natur. Verursacht sind diese Schwierigkeiten wohl durch die etwas übertriebene Hinzunahme des Lessingtheaters, in dem leider schon die erste Finanzierung Piscators, Leo Laniaus „Konjunktur“, ein Fehlschlag war, welches Ereignis die Piscator-Kassen eine Viertelmillion kostete und die Verwaltung zu einer allzufrühen Einsetzung einer Sommerdirektion unter Emil Lind zwang. In dieser Situation zogen sich, bei nahe ein zweites Naturereignis solcher Fälle, die bisherigen Geldgeber zurück. Eine neue Finanzgruppe, deren Bildung in diesen Tagen gelungen ist, machte ihre Entschlüsse davon abhängig, ob die bestehenden Schulden von fünfhunderttausend Mark sich auf einen Zeitraum verteilen liessen, der das Unternehmen augenblicklich und in den nächsten Monaten nicht zu stark belastete. Einen Versuch, diese Bedingung zu erfüllen, hat die Verwaltung unternommen, indem sie heute morgen eine Gläubigerversammlung berief, über deren Ergebnisse die folgende offizielle Erklärung berichtet.

Die offizielle Erklärung lautet:

„Nachdem die Piscator-Bühne aussichtsreiche Verhandlungen, die mit einem Konsortium wegen Neufinanzierung des Theaters schwebten, infolge eines Konkursantrages wegen rückständiger Steuern unterbrechen musste, hat sie sich veranlasst gesehen, zu heute eine Gläubigerversammlung einzuberufen. Diese Gläubigerversammlung hat beschlossen, den Status durch einen in der Versammlung einstimmig gewählten Gläubigerausschuss prüfen zu lassen und auf Rücknahme des Konkursantrages hinzuwirken.“

Nach einer Erklärung der den Konkursantrag stellenden Behörde sind Schwierigkeiten von dieser Seite nicht zu befürchten, und es ist anzunehmen, dass der Konkursantrag zurückgezogen wird.

Das Konsortium ist bereit, unter gewissen Bedingungen die neue Spielzeit zu finanzieren. Der Gläubigerausschuss seinerseits wird ersucht, die Voraussetzungen zu schaffen, unter denen das Konsortium sich bereit erklärt hat, die neue Spielzeit zu finanzieren, so dass eine Möglichkeit geschaffen wird, die Gläubiger zu befriedigen.

Inzwischen läuft die Sommerspielzeit im Theater am Nollendorfplatz unter der künstlerischen Leitung von Emil Lind fort.“

* Der Jugendpreis deutscher Erzähler. Um den Jugendpreis deutscher Erzähler, der dem Verbands deutscher Erzähler von der Deutschen Buch-Gemeinschaft, Berlin, in Höhe von 10 000 Mark alljährlich gestiftet, und der im Einvernehmen mit dem preussischen Kultusministerium erteilt wird, haben sich für das Ausschreiben 1927 einhundertundneunzig Einsender beworben. Durch das Preisgericht, bestehend aus Hanns Martin Elster, Georg Engel, Oskar Loerke, Julius Petersen, Jakob Schaffner, Hermann Stehr, Wilhelm Waetzoldt, wurde der Roman „Die Bücher des Kaisers Wutai“ von Walter Meckauer als der beste erkannt. Das preisgekrönte Werk wird von der Deutschen Buch-Gemeinschaft in einer Erstausgabe von 10 000 Exemplaren veröffentlicht.

Karl Rössler: „Die beiden Sechunde.“

Staatliches Schiller-Theater.

Wie der uralte Duodestürst mit seinem Kammerdiener und seinem Parlament umgeht, wie der ganze Regierungsklimbim ihm langweilig ist, wie er hinter seinen sauberen Schlosskullissen wittert, dass man ihn anlügt, und wie dieser Greis mit dem jovialen Schmauzbart als Dienstmann sich unter sein Volk mischt, horcht und schimpft und fast wegen Majestätsbeleidigung eingesperrt wird, dies alles wirkt heute noch sehr nett und sehr lustig. Das alte Motiv vom König als Bettelmann zieht immer noch, von der Lustspiele, das einst so viel und gern gegeben wurde, erweist sich allerdings, dass seine weiland aktuellen und satirischen Streiflichter zu freundlichen Harmlosigkeiten verblasst sind, und vollends der dritte Akt mit seiner mechanischen Auflösung der Verwechslungskomödie fällt ab, und seine feindlich-humane Schlussmoral lässt kalt.

Aus den Fehlern des Lustspiels, die einst seine Vorzüge waren, macht der Regisseur Emil R. eine neue Effekte ohne Anspruch auf zeitgemässere Wirkungen gibt er dem Ganzen eine Art spitzwinklig behaglichen Rahmen und legt Wert auf Kleinmalerei. Bedächtig, behäbig, mit einer etwas groben Gemütslichkeit wird gespielt. Gute, alte Schule, das Stück, gute alte Schule die Regie, so dass man die obligate Liebesgeschichte umfing den sonstigen Schwank-Klamauk gern vermisst.

Albert F. als alter Kurfürst ganz ausgezeichnet. Wie er murr und brummt und schnauzt, wie er Peinliches abtut und hinter seinen äusseren Grobian einen gültigen, noblen alten Herrn versteckt, das ist ein Vergnügen mitanzusehen. Reinhold K. spielt sein Pendant, den Dienstmann, der eine Stunde Beteiligtheit den alten Kammerdiener mit referiert überheblicher Hebanne, die ihrer Verdienste wegen Hoffierantur wird. Diesen und dem anwesenden Autor galt zum Schluss der stürmische Beifall.

L. H.

* Danksagung. Im Namen der Familie Slings bittet uns Frau Josi Schlesinger um Aufnahme der folgenden Zeilen: „Für die ausserordentlichen Beweise der Anteilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes sage ich allen Freunden, Bekannten und Unbekannten tiefbewegten Herzens meinen und meiner Kinder Dank.“

In eigenen Fesseln.

Von Dr. Felix Finzer, Die Tränen des Monopolismus.

Wer in den letzten Jahren die Kundgebungen der gross-industriellen, besonders der schwerindustriellen Verbände und immer wieder beweglichen Klagen über staatliche und behördliche Eingriffe in die freie Preisgestaltung und Lohngestaltung begegnet sein. Immer wieder wird festgestellt, dass ein „verständnisloses politisches und soziales Hinsehlagen“ des Staates in die Wirtschaft die Dispositionen der Industrie störe und die Wirkungen ihrer Arbeit beeinträchtige. Es wird auseinandergesetzt, wie die Selbstbestimmung über einen Teil seiner Produktionselemente entziehen, dem Wesen des Kapitalismus zuwiderlaufen, das sich nur in der freien Entfaltung der Wirtschaftskraft, in ihrem organischen und elastischen Ausgange untereinander auswirken könne. Wenn die Wirtschaftspraktiker, die so denken, und die Wirtschaftspolitiker, die so reden oder so schreiben, sich bis zu dem Kern dieses Problems, bis zu den tieferen Ursachen dieser Entwicklung durchdenken würden, mit deren Erscheinungsformen und Konsequenzen — soweit sie in einer bestimmten, ihnen antipathischen Richtung liegen — sie sich klagen und anklagen beschäftigen, so werden sie zu der Einsicht gelangen müssen, dass sie Ursache und Wirkung verwechseln. Sie selbst oder doch die wirtschaftliche Entwicklung, mit der sie so kräftig und bereitwillig schwimmen, haben die Konsequenzen zeitig zu ihnen und zu so ausserordentlich unwillkommen sind. Die Gründe, aus denen der Staat in die freie Selbstbestimmung der Wirtschaft eingreift, liegen darin, dass die Wirtschaft in immer stärkerem Umfange ihrerseits die Notwendigkeit der Volkswirtschaft einzugreifen, die als Arbeiter oder Konsumenten auf sie angewiesen sind. Das grosswirtschaftliche System strebt mit allen Kräften, die ihm innewohnen, zum Monopol, und es hat sich in der gesamten Gestaltung der Konsum- und Arbeitsverhältnisse richtungsgebend auf diese Gebiete bereits eine Anzahl mächtiger Monopole gebildet. Der Konsument hat längst nicht überall mehr die unbeschränkte Möglichkeit zu kaufen, was er will und wo er will. Der Arbeiter hat ebenfalls nicht überall mehr die Möglichkeit, sich den Ort und die Art seiner Arbeit zu wählen. Gewerbefreiheit und Arbeitsfreiheit, die für die Gesamtheit der Bevölkerung selbstbestimmung unterliegen, werden nun auch für eine immer mehr entscheidende Rolle spielen.

Wenn aber die Monopolisten sich trotzdem noch in ihren wirtschaftlichen Deklamationen an das Palladium der unbeschränkten Freiheit des Gewerbes und der Ausübung ihrer gewerblichen Klammern, so lässt dies auf Mängel in ihrer Logik, wenn nicht auf Slangel in ihrem aufrichtigen Denken schliessen. Wenn der Monopolismus an sich würde ausreichen, um die Selbstbestimmung und Kontrollrechte des Staates zu rechtfertigen, wenn dieser nicht nur seine von solchen Monopolen abhängigen Bürger, sondern auch sich selbst vor Übergriffen unabhängiger Monopole schützen müsste, dann wäre die Freiheit der Monopolisten Privater geradezu prädestiniert. Aber nicht die Monopolisten, sondern die Wahrscheinlichkeit solcher Monopole zu kümmern, sondern er hat, nachdem die Dinge sich nun einmal in dieser Richtung entwickelt haben und weiter entwickeln werden, auch das Recht, ja die Pflicht, zu wissen, wie die Monopole in ihrer normalen Struktur sich entwickeln, in welche Monopole in ihrer normalen Struktur sich entwickeln, in welche Monopole hineinschauen können, damit er wissen kann, wo die Grenzen ihrer volkswirtschaftlich legitimen wirtschaftlichen Führung überschritten werden, wo die private Monopolmacht aufhört, wirtschaftlich rational zu gestalten, und wo sie anfängt, wirtschaftliche Exzesse zu begehen. Schon die Tatsache des Monopolismus an sich rechtfertigt darum grundsätzlich die Eingriffe des Staates in die freie Lohn- und Preisgestaltung, und ebenso wenig wie vor dem Kriege der kranken Herrschaft in der Wirtschaft die damals noch schwächeren Monopolgebilde der Organisationsentwicklung (der natürlichen Gegenorganisationen) der Arbeitnehmer-Gewerkschaften, sondern auch die stärksten und praktisch aufrecht zu erhalten, ebenso weiter entwickelten Monopole der Jetztzeit den Anspruch haben dürfen, die Staatskontrolle, die sie selbst herausgefordert haben, je wieder abstreifen zu können. Es mag sein, dass die Monopole, in denen sich die Staatskontrolle heute bewegt, die wirtschaftlich am stärksten sind, und die Mittel, deren sie sich bedienen, noch untauglich sind. Das heutige System dieser Kontrolle mag unvollkommen, es mag sogar direkt falsch sein, aber auch die Organisationsformen der heutigen Monopole, besonders diejenigen der Kartelle, in denen sich heute noch ein grosser Teil der monopolistischen Bildungen verkörpert, sind viel mehr schlecht als böse, und wirtschaftlich gehandhabt. Professor Schmalenbach, der sich auf die Wiener Schule der Betriebswirtschaftler dargelegt hat, und in welchen Punkten auf beiden Gebieten noch vieles im Argen liegt, hat mit Recht die Durchbildung der betriebswirtschaftlichen Methoden als einen der Wege bezeichnet, auf denen diese beiden Gebiete sich näher kommen und die Monopolwirtschaft in der Weise der freien Wirtschaft zu überwinden und die Monopolwirtschaft in der Weise der freien Wirtschaft zu überwinden. In diesem Sinne sind die Monopole, die heute in der Wirtschaft sich bilden, ein notwendiges Übel, das man nicht ohne diese ständige Mitwirkung vielleicht nicht entstanden oder doch nicht so mächtig, so beherrschend und geworden wäre, wie er mit Hilfe der Staatsmacht gegen sie vorgehen hat. Diesen Teil der staatlichen Mitwirkung nennt man „Eingriffe“ in die freie Wirtschaftsgestaltung. Man hat sich gern gefallen lassen, man hat ihn sogar mit allen Mitteln der Überzeugung und des Einflusses, über die man gebot, zu verhindern gesucht. Viele Kartelle sind auf dem Boden der Wirtschaftsentwicklung erwachsen, sie hätten sich ohne diese staatliche Mitwirkung nicht bilden, und manche von ihnen würden nach Fortfall des Schutzzolls — zum mindesten nicht in ihrer gegenwärtigen Form und Kraft — halten können. Zölle gehören nun sozusagen zum üblichen Bestand der Wirtschaftsentwicklung. Man hat sich so an sie gewöhnt, dass man kaum noch an die ständige Beeinflussung der Wirtschaftsgestaltung durch den

* Die steuerliche Behandlung der amerikanischen Freigabegelder.

Die Steuerpflicht in den Vereinigten Staaten und in Deutschland.

Von Dr. Karl Heinz Schmelzer.

In den letzten Tagen des April dieses Jahres hat Amerika die Bestimmungen erlassen, durch die die wichtige Frage entschieden ist, welche Instanzen bei der Genehmigung der einzelnen Freigabeakte des tatsächlich beschlagnahmen, im Besitze des Allen Property Custodian befindlichen deutschen Eigentums mitzuwirken haben. Die Entscheidung ist hier erfreulicherweise im wesentlichen in die Hände des Custodian gelegt. Nach einer im letzten Augenblick eingefügten Klausel enthält das Gesetz aber Bestimmungen zur Sicherung der amerikanischen Steueransprüche. Ein Teil von ihnen wird noch von dem Erlasse von Ausführungsbestimmungen durch den „Comissioner of Internal Revenue“ und der Zustimmung durch das Schatzamt abhängen. Danach wird von jedem Deutschen eine eidesstattliche Erklärung darüber verlangt, ob er in der Zeit seit 1917 etwaige auf sein sonstiges in den Vereinigten Staaten befindliches Vermögen (Einkommen) in den Vereinigten Staaten gezahlt hat. Die Beschaffung und Einreichung der Belege wird für viele Anspruchsberechtigte eine unerwartete Belastung und Verzögerung bedeuten.

Um so geringerer Bedarfs bedarf es für die amerikanischen Freigabegelder, die freigegebenen Vermögensgegenstände sind durch die am 1. Juni 1928 in Kraft getretene Vermögenssteuergesetz, vom 1. Juni 1923 eingefügten Vorschriften nach § 18 daselbst weitgehend von der Reichsteuer freigestellt, und zwar nach Abs. 3 lit. f. von der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer. Es muss sich aber um eine allgemeine Freigabe der von einer ehemals feindlichen Macht beschlagnahmen, im Eigentum Deutscher stehenden Vermögensgegenstände oder um eine allgemeine Zurverfügungstellung des Reinerlöses aus der Liquidation dieser Vermögensgegenstände handeln.

stände handeln. Der ehemals feindliche Staat darf nicht nach dem Vertrag von Versailles zur Freigabe verpflichtet gewesen sein, auch darf er nicht hierfür für Deutschland eine entsprechende Gegenleistung erhalten haben. Diese Voraussetzungen sind bei den amerikanischen Freigabegeldern erfüllt. Von Bedeutung wären diese Befreiungsvorschriften des Reichsteuergesetzes für die Gesellschaften der Industrie und des Handels wie für hochführende Gewerbetreibende. Bei den übrigen Steuerpflichtigen kann durch einmalige Vermögensanfälle an sich schon eine Einkommensteuerpflicht nicht begründet werden.

Eine Befreiung von der Vermögenssteuer kommt für die von Amerika freigegebenen deutschen Vermögensbeträge nicht in Frage. Bei der Vermögenssteuererklärung für 1928 werden diese Vermögenswerte aber kaum in Betracht kommen, ihre Berücksichtigung wird erst bei einer Vermögenssteuererklärung für 1929 — mit dem Stichtag vom 1. Januar 1929 — eintreten. Nur unter der Voraussetzung, dass durch den Vermögensanfall eine Veränderung des Vermögens um mehr als den 5. Teil oder um mehr als 100000 RM eintritt, müsste eine Heranziehung nach § 75 Absatz 1 des Reichsteuergesetzes bereits am Beginn des Kalendermonats an, der dem Zeitpunkt der Freigabe folgt, stattfinden. Für die Vermögenswerte aus der amerikanischen Freigabe könnte schliesslich noch eine Befreiung von der Körperschaftsteuer eintreten unter verschiedenen Voraussetzungen, von denen die wichtigste ist, dass der Erbfall nicht später als 5 Jahre nach der Rückgabe der beschlagnahmen Gegenstände eintritt, und dass der Unterhalt des Erben bis zum Eintritt des Erbfalles zur Hauptsache aus den Erträgen des Nachlassvermögens bestritten ist.

* Rheinisch-westfälisches Kohlsyndikat.

Der Brennstoffexport im ersten Vierteljahr 1928.

Im März hat sich der freie Brennstoffexport des Rheinisch-Westfälischen Kohlsyndikats im Vergleich zur vormonatlichen Ausfuhr erhoben. In erster Reihe lag dies daran, dass die italienischen Kohlen, während sie im Februar in Höhe von 42979 To. Steinkohle und 985 To. Koks als Reparationslieferungen verzehret wurden. Auch die freie Ausfuhr nach Frankreich hat sich im März um rund 96 000 To. erhöht, und ebenso wie die Ausfuhr nach Belgien eine Steigerung um rund 40 000 To. auf. Im einzelnen belief sich die freie Ausfuhr des Syndikats im März wie folgt:

Table with 4 columns: Land, Koks, Briketts, Ingesamt (Koks u. Brik.). Rows include Holland, Frankreich, Luxemburg, Belgien, Schweden, and Ingesamt März/Februar.

Reparationslieferungen wurden im März nur noch nach Frankreich verzehret, und zwar in Höhe von 107 354 (96 305) Steinkohle und 4635 (3118) Koks.

Die freie Ausfuhr des Syndikats stellte sich im ersten Quartal dieses Jahres insgesamt (Koks und Briketts in Koble umgerechnet) im Vergleich zu den entsprechenden Ziffern des Vorjahres wie folgt:

Table with 2 columns: 1927, 1928. Rows for Januar, Februar, März, Ingesamt.

Aus der Aufstellung ergibt sich, dass die gesamte freie Ausfuhr im ersten Quartal 1928 gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres einen Rückgang von rund 1 Mill. To. erfahren hat.

* Die Einfuhr englischer Kohle über Hamburg.

In der zweiten Maihälfte trafen im Hamburger Hafen auf dem Seewege lediglich englische Kohlen ein, in den Monaten Januar bis Mai d. J. hat sich die Einfuhr englischer und Ruhrkohle auf dem Seewege über Hamburg folgendermassen entwickelt (alles in Tonnen):

Table with 2 columns: Englische Kohle, Ruhrkohle. Rows for Januar, Februar, April, Mai, Ingesamt.

Diese Ziffern zeigen, dass seit März eine gewisse Stabilität in der englischen Kohleneinfuhr über Hamburg zu verzeichnen ist.

Staat empfindet und sie als etwas hinnimmt, auf das man als nationaler Unternehmer ein wohlverworbenes Recht besitzt. Gerade aber bei denjenigen Monopolindustrien, die das stärkste Mass von Herrschaft für sich selbst — und das stärkste Mass von Abhängigkeit für Konsum — und die stärkste von ihrer Herrschaft — zu erringen vermöchten (und gerade sie sind es, die in der letzten Zeit so empathisch die Eingriffe des Staates in die Freiheit ihrer Wirtschaftsführung und die Machtstellung des Staates die Entwicklung beeinflussen und im Sinne dieser Industrien begünstigt. Die Monopolmacht unserer Eisenindustrie lebt — abgesehen von billigen und gefördernten „Internationalen Eisenpaketen“ mit seiner ländlichen Konkurrenz. Die Monopolmacht der Steinkohlenindustrie lebt vielleicht nicht ganz und gar von der staatlichen Zwangssyndikatsverordnung, die vor einigen Jahren das Auseinanderfallen des Kohlsyndikats verhinderte, aber die Falschorganisation der deutschen Kohleindustrie in diesem Syndikat, die vielen Unwirtschaftlichkeiten und Unausgeglichenheiten dieser die guten und schlechten Produktionsstellen mit dem gleichen Mantel der Syndikatsliste umhüllenden Kartellorganisation leben doch in ziemlich erheblichem Umfange von dieser staatlichen Zwangskartellierung.

Die Dinge sind in Deutschland aber noch viel weiter gediehen. Die grossen monopolistischen Kartelle haben sich nicht nur damit begnügt, ihre eigene Produktion zu monopolisieren, sondern sie haben die Zeit ihrer privilegierten Herrschaft auch dazu benutzt, den grössten Teil des ihre Produkte verteilenden Handels in eine vertragsmässige, überwiegend sogar kapitalmässige Abhängigkeit von sich zu bringen. Sie herrschen nicht nur in der Sphäre der Produktion, sondern fast ebenso lückenlos auch in der Sphäre der Distribution. Gerade dadurch haben sie ihre Monopolmacht ausserordentlich stark stabilisiert und bis zu einem gewissen Grade auch unabhängig gemacht von etwaigen zollpolitischen Aenderungen, mit denen der Staat fähig und unter Umständen auch einmal geneigt sein könnte, gegen Missbräuche ihrer Macht einzugreifen. Die Dinge liegen nicht gerade so, dass die Produktion der Eisenindustrie ein Abbaues oder einer Aufhebung der Eisenzölle trotzdem doch kein ausländisches Eisen in wesentlichen Mengen beziehen könnte, weil es — nach der Abhängigmachung des Handels von den Produktionsverbänden — einer genügend starken freien Händlerschaft überhaupt fehlen würde, die in der Lage wäre, den Bezug dieses Auslandseisens in den zur Konkurrenzierung erforderlichen grossen Mengen nach Deutschland hereinzubringen und dort in kleineren Quantitäten aufzutreiben. Es gibt in Deutschland auch jetzt noch Grossverbraucher, die selbstständig ohne Vermittlung des Zwischenhandels ausreichende grosse Quantitäten ausländisches Eisen direkt beziehen könnten, und bei genügend langem Andauer der Zollfreiheit würde sich allmählich auch wieder ein freier Eisenhandel bilden. Aber natürlich wirkt die Tatsache, dass der grösste Teil des Handels heute als Hilffleiss hinter die Front der grossen Produktionsmonopole eingeschwenkt ist, ausserordentlich erschwerend für eine etwaige Wiederherstellung freierer Wettbewerbsverhältnisse. Diese Entwicklung aber in Verbindung mit der anderen Tatsache, dass auch die meisten und grössten Verbraucherverbände in eine starke ökonomische und psychologische Abhängigkeit von der schwerindustriellen Monopolen geraten sind (in eine wie starke Abhängigkeit, beweist die lendenlange Stellungnahme der Avi gegenüber den letzten Preis erhöhungen des Stahlwerksverbandes), lässt darauf schliessen, dass es nicht leicht sein würde, in Deutschland eine konsequente Wirtschaftspolitik gegen die Monopole oder gar eine Wirtschaftspolitik, die eine Auflösung dieser Monopole zum Ziele haben würde, erfolgreich durchzuführen.

Die Wage der Parität.

Man braucht deshalb keineswegs vor der Konsequenz zurückzuschrecken, im äussersten Falle auch durch eine Umstellung der Zollpolitik gegen die Grundlagen anzugehen, auf denen sich die Monopole etabliert und hässlich eingerichtet haben. Man wird dies eines schönen Tages sogar tun müssen, wenn die Monopole dauernd an ihrer sinn- und sittenwidrigen Politik festhalten sollten, das Ausland erheblich billiger zu liefern als das Inland, und ihre zur Erhaltung des Auslandsatzes und zur Durchführung des Quotenkampfes auf den internationalen Märkten bestimmten Schutzverträge im Export darauf zu finanzieren, dass sie die Inlandspreise entsprechend heraufschrauben. Wie dem auch sei, so wie die Monopole heute beschaffen sind, mit Hilfe staatlicher Eingriffe, die zu ihren Gunsten erfolgt sind. Trifft das zu, dann können sie sich auch nicht darüber beklagen, dass der Staat auch zu ihren Ungunsten in ihre freie Wirtschaft eingreift, wenn es nötig ist, die berechtigten Interessen der inländischen Bevölkerung und der Bevölkerungsschichten, der Verbraucherschicht und der Arbeitnehmerschichten, zu schützen. Sie ernten nur, was sie selbst gesät haben. Sie werden nicht in ihrer freien Selbstbestimmung gehindert, sondern im Punkte der Selbstbestimmung oder im Punkte der Beschränkung Parität zwischen ihnen und ihren wirtschaftlichen Gegenkontrahenten wieder hergestellt. Dass auch die Verarbeitungsgewerkschaften, die für sich selbst keine Monopole oder doch keine Monopole zu schaffen vermöchten, mit in den Kreis der Gebundenheiten (besonders in dem Gebiete der Lohnkontrolle) hineingezogen worden sind, erklärt und rechtfertigt daraus, dass sie sich den Monopolismus der Grundstoffindustrie gefallen lassen, dass sie ihn, statt ihm tatkräftig und erfolgreich zu widersprechen, in ihre Absatzpreise weitergetragen und seine haben das Bündnis mit dem Massenkonsum gewährt haben. Sie haben den Bündnis mit dem Massenkonsum mit ihren Abnehmern vorgezogen. Für sie gilt darum der Bündnis mit ihren Abnehmern, mitgefangen. Betrachtet man die Klagen über die Behinderung und Fesselung des Kapitalismus so im Spiegel der einseitigen, so wird man finden, dass auch stets die klarste Logik die der in seiner eigenen Fessel gefangene Monopolismus weint. Streiten lässt sich in einer Situation wie der, die wir erleben, über die Verhältnisse in Deutschland gediehen sind, diejenigen, die über die Tatsache, sondern höchstens noch über die Form der Lohn- und Preiskontrolle, Streiten lässt sich über die Bedeutung dieser Kontrolle, Streiten lässt sich über die Art und Weise ihrer praktischen Handhabung, gerade so wie sich auch die Klagen über die Monopole und ihrer Politik eingegriffen hat und in Zukunft vielleicht noch weiter eingreifen wird. Darüber ist an dieser Stelle schon manches gesagt worden. Darüber bleibt noch manches zu sagen.

BERLINER BÖRSE. Sonnabend, 2. Juni.

Table with multiple columns listing stock prices and market data. Includes sub-sections like 'Bankakt.', 'Ind. u. Fabr.', and 'Verkehrsmittel'.

Table with multiple columns listing stock prices and market data. Includes sub-sections like 'Verkehrsmittel', 'Ind. u. Fabr.', and 'Bankakt.'.

Table with multiple columns listing stock prices and market data. Includes sub-sections like 'Verkehrsmittel', 'Ind. u. Fabr.', and 'Bankakt.'.

Table with multiple columns listing stock prices and market data. Includes sub-sections like 'Verkehrsmittel', 'Ind. u. Fabr.', and 'Bankakt.'.

Table with multiple columns listing stock prices and market data. Includes sub-sections like 'Verkehrsmittel', 'Ind. u. Fabr.', and 'Bankakt.'.

Table with multiple columns listing stock prices and market data. Includes sub-sections like 'Verkehrsmittel', 'Ind. u. Fabr.', and 'Bankakt.'.